

* (2)
China und die APEC

Seit 1991 gehört China der APEC an. Jiang Zemin nahm an der "Zweiten informellen Tagung" der APEC-Staaten in Bogor/Indonesien teil. Über die Hintertür der APEC sucht die VR China vor allem, möglichst schnell GATT/WTO-Mitglied zu werden. Näheres dazu im Thema dieses Hefts. -we-

* (3)
China bleibt nach wie vor vom GATT/WTO ausgeschlossen

Am 1.1.1995 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT durch die World Trade Organisation (WTO) ersetzt. China, das mit zu den Gründungsmitgliedern des GATT gehört hatte, dann allerdings wieder ausgetreten war, hatte in der Zwischenzeit immer wieder versucht, ins GATT zurückzukehren und vor allem mit zu den Gründungsmitgliedern der WTO zu gehören. Dieser Plan ist gescheitert, und zwar vor allem am Widerstand der USA, die den Chinesen drei Vorwürfe entgegenhalten, daß sie nämlich 1. ihre Märkte nicht genügend öffneten, daß 2. ihre Währung nicht genügend konvertibel sei und daß 3. laufend geistiges Eigentum entwendet werde: Durch die Kopie von Büchern, Tonbändern, CDs und vor allem von Software-Programmen entstünden der US-Wirtschaft jährlich Schäden in Höhe von rund einer Milliarde US\$. Die chinesisch-amerikanischen Gespräche über Urheber- und Patentrechte waren am 22. Dezember 1994 erfolglos abgebrochen worden. (XNA, 23.12.94) China warnte daraufhin vor einem "Handelskrieg" mit den USA. (IHT, 29.12.94) Amerikanische Firmen könnten beim Wettbewerb um Marktpositionen in China zu kurz kommen, hieß es. Ein höhnischer amerikanischer Kommentar in der *International Herald Tribune* (IHT, 23.12.94) wies darauf hin, daß "Chinas Strategie auf dem Glauben basierte, daß sein Markt so immens und unwiderstehlich sei, daß Regierungen und Unternehmen versucht seien, vor den Menschenrechtsverletzungen die Augen zu verschließen. Doch dieser Plan ging nicht auf. In dieser Woche verweigerten die USA und die größeren europäischen Staaten - wenigstens vorübergehend - die Aufhebung der GATT-Regeln für China und verschoben weitere Gespräche bis Februar." Vor allem müsse das geistige Eigentum künftig stärker beachtet werden. Eine bekannte amerika-

nische Firma habe ein Produkt hergestellt, das in der Zwischenzeit von nicht weniger als 30 chinesischen Betrieben kopiert und von mindestens sieben chinesischen Firmen auch noch exportiert wurde. So könne es nicht weitergehen. Solange Chinas Exporte noch quantité négligeable waren, habe man ein Auge zudrücken können. Inzwischen allerdings sei das Land die zehntgrößte Handelsnation der Welt und weise zudem die höchsten Wachstumsraten auf. In den ersten elf Monaten des Jahres 1994 habe sich Chinas Außenhandel auf 200 Mrd. US\$ belaufen - und sich damit gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahrs um 22% erhöht.

Angesichts solcher Kapazitäten werde eine Beachtung der GATT/WTO-Freihandelsregeln immer wichtiger. -we-

Innenpolitik

* (4)
Finanzministerium verstärkt Überwachung der Steuerabführungen aus den Provinzen

Das Finanzministerium hat angekündigt, in den Verwaltungseinheiten der Provinzebene (mit Ausnahme Tibets) Kontrollbehörden zur Überwachung der Einnahme und Abführung staatlicher Steuern zu errichten. Hauptaufgabe dieser Organe sei es sicherzustellen, daß regionale Verwaltungen und Staatsunternehmen den gesetzlich festgelegten Teil ihrer Einnahmen an die Zentralregierung abführten. Außerdem solle die Nutzung von Geldern, die die Zentralregierung zur Verfügung stelle, überprüft werden. Das Finanzministerium unterhält seit 1986 Organe in den Provinzen, die bisher jedoch nur für die Rechnungsprüfung in staatlichen Großunternehmen verantwortlich waren. (XNA, 10.12.94)

Die Pläne des Finanzministeriums werfen ein Schlaglicht auf die äußerst angespannten Beziehungen zwischen Zentralregierung und Provinzverwaltungen in der Frage der Verteilung des Steueraufkommens: Die Anfang 1994 vorgenommene, von seiten der Zentralregierung mit großen Hoffnungen bedachte Steuerreform hat bisher nicht die erwarteten Verbesserungen für Beijing gebracht. Während im ersten Halbjahr 1994 die Einnahmen der Zentralregierung nur

um 11,5% stiegen, sind die der Provinzen im Durchschnitt um 39% gewachsen. (RMRB, 30.8.94) Die Provinzfürhungen haben es demnach verstanden, die Steuerreformen, die eigentlich die fiskalische Stellung der Zentralregierung stärken sollten, für ihre eigenen Zwecke zu nutzen.

Das zwischen Zentrale und Regionen in der Frage der Steueraufteilung herrschende Mißtrauen wurde von Anfang an dadurch dokumentiert, daß die Steuerverwaltung eine duale Struktur erhielt: Zentralregierung und Provinzverwaltungen errichteten jeweils eigenständige Finanzbehörden, die sich auf regionaler Ebene über die Verteilung der Steuereinnahmen einigen müssen. Auch beim Aufbau dieser Verwaltungsstruktur zog die Zentralregierung jedoch den kürzeren: Die meisten Provinzregierungen waren schnell imstande, "ihre" Steuerverwaltung in Schwung zu bringen, während die Zentralregierung noch in der zweiten Jahreshälfte in einigen Regionen nicht auf funktionierende untergeordnete Behörden zurückgreifen konnte.

Im September hatte einer der führenden Funktionäre der Staatlichen Steuerhauptverwaltung (*guojia shuiwu zongju*) einigen nicht näher benannten Regionen vorgeworfen, die nationale Steuerpolitik systematisch zu unterlaufen, indem sie etwa großzügig Steuererleichterungen gewährten, die zu Einnahmeverlusten für die Zentralregierung führten. (*Xinwen Bao*, Shanghai, 22.9.94) Solche Manöver gefährdeten das grundlegende Ziel der Steuervereinheitlichung und machten die Steuerreform zu einem "bloßen Stück Papier" (*yi zhi kongwen*).

Auch wenn die staatliche Steuerverwaltung sich im Laufe des Jahres 1994 konsolidiert hat, so scheinen sich Zentrale und Regionen immer noch im Dauerclinch um die Verteilung der Steuereinnahmen zu befinden. Die Steuerreformen haben das Problem nicht abschließend gelöst. Zudem wird der Finanztransfer vom zentralen Staatshaushalt auf die armen Inlandsregionen durch den "Steueregoismus" vieler prosperierender Provinzen behindert. Auch vor diesem Hintergrund ist gut nachvollziehbar, warum von Mitgliedern der Beijinger Führung zum Jahresende ein sehr scharfer Ton gegenüber bestimmten regionalen Führungen angeschlagen wurde. -hei-

*(5)

Beijing erhöht Druck auf Provinzfürhungen

Von Oktober bis Dezember haben Mitglieder der Beijinger Partei- und Staatsführung die Kräfte des sogenannten "Regionalismus" (*difang zhuyi*) "Dezentralismus" (*fensan zhuyi*) und "Fraktionalismus" (*shantou zhuyi*) in den Provinzverwaltungen scharf verurteilt. Zugleich stellten mehrere Zeitungsbeiträge klar, daß es nicht hingenommen werden könne, wenn Anweisungen und Entschlüsse der Parteizentrale unter dem Vorwand besonderer regionaler Umstände umgangen würden. Die Autorität der Zentralregierung müsse entschieden verteidigt werden (vgl. etwa RMRB, 7.11.94 oder auch die Shanghaier *Jiefang Ribao*, 31.10.94).

Von Ende November an soll Staats- und Parteichef Jiang Zemin auf Konferenzen zu Fragen der Personal-/ Organisationsarbeit und der Wirtschaftspolitik sowie auf einem Treffen mit Provinz-Spitzenkadern massive Angriffe gegen regionale Führungsgremien gerichtet haben, die "sich der Zentrale widersetzen" (*kangju zhongyang*) und "eigenmächtig das tun, was ihnen gerade paßt" (*sizi linggao yi tao*).

Um seinen Worten noch mehr Nachdruck zu verleihen, zitierte Jiang Zemin Stellungnahmen der drei bedeutendsten Revolutionsveteranen Deng Xiaoping, Chen Yun und Peng Zhen, die übereinstimmend "regionalistische" Tendenzen als große Gefahr für den Zusammenhalt der Kommunistischen Partei und damit ganz Chinas verurteilten. Um die Provinzfürhungen zu disziplinieren, müsse man notfalls zu "organisatorischen" Mitteln greifen. Im Klartext heißt das: allzu eigenwillige Provinzfürsten sollen aberufen werden.

Die Führungen folgender Provinzen und Autonomen Regionen, die bereits in der Vergangenheit wiederholt den Unmut der Beijinger Zentrale auf sich gezogen haben, sollen kritisiert worden sein: Guangdong, Guangxi, Guizhou, Henan, Hubei, Hunan, Jiangxi, Shaanxi, Sichuan und Yunnan. Einige der betroffenen Provinz-Spitzenkadern wurden zur Selbstkritik aufgefordert, scheinen sich aber in Gruppendiskussionen gerechtfertigt zu haben, indem sie auf erforderliche Differenzierungen in den Entwicklungsstrategien zwischen verschiedenen Landesteilen hinwiesen.

Hingegen sollen die Führungen der prosperierenden Gebiete Jiangsu, Shanghai und Shandong wie auch der unterentwickelten Regionen Anhui, Innere Mongolei und Shanxi für ihre loyale Haltung gegenüber der Zentrale belobigt worden sein. (ZM, 95/1, S.9-11; LHB, Hongkong, 11.12.94) -hei-

*(6)

Revirement auf Provinzebene

Im Dezember wurde von der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh ein größeres Revirement unter den Provinzfürhungen in Gang gesetzt. Von den Neubesetzungen in Spitzenpositionen (Provinzpartei sekretär, Provinzgouverneur) sind bisher die Provinzen Anhui, Hubei und Shaanxi betroffen. (Im Detail siehe "Data on Changes in PRC Main Leadership" in diesem Heft.)

In den vorangegangenen Monaten waren schon personelle Veränderungen aus Heilongjiang und aus der Inneren Mongolei gemeldet worden. In seinem Amt bestätigt wurde ausdrücklich der Parteisekretär Jiangsus, der sich in den wirtschaftlichen Erfolgen der Provinz sonnen kann und als loyaler Statthalter der zentralen Führung gilt.

Der Großteil der personellen Veränderungen scheint Bestrebungen zu entspringen, das Durchschnittsalter der Provinzspitzen zu senken und die über sechzigjährigen Kräfte allmählich abzulösen. Ankündigungen der KP-Organisationsabteilung zufolge sollen in den nächsten drei Jahren die Hälfte der Ministerpositionen und ein Drittel der Führungsfunktionen in den Provinzen neu besetzt werden. Die Kontinuität der Führung über die Jahrhundertwende hinaus soll durch diese Erneuerung und Verjüngung gesichert werden.

Zugleich zeigt die Beijinger Parteiführung mit diesen Maßnahmen allzu eigenwilligen Provinzfürsten die Muskeln: Die Besetzung der Spitzenpositionen in den Provinzen steht nach den Bestimmungen des Nomenklatura-Systems der KPCh im Ermessen der Parteizentrale. De facto werden die meisten Neubesetzungen aber zuvor mit den regionalen Parteigremien abgesprochen, um möglichst eine einvernehmliche Regelung von Personalfragen zu erreichen. Es wird sich zeigen, inwiefern die neu berufenen Führungskader größere Loyalität gegenüber Weisungen der Zentrale an den Tag legen werden als ihre Vorgänger. -hei-

*(7)

Veränderung des soziologischen Profils der Partei

Nach Angaben der ZK-Organisationsabteilung wurde die Politik der Kaderverjüngung seit den achtziger Jahren mit großer Energie betrieben. Rund 360.000 Kader der Ränge oberhalb der Kreis-Ebene seien im letzten Jahrzehnt neu berufen worden.

Unter den mehr als 30.000 Kadern der Kreis-Ebene (dieser Organisationsebene wird eine besonders große Bedeutung für die angestrebte Straffung der Parteiorganisation zugewiesen) seien 60% jünger als vierzig Jahre. Unter den insgesamt 35 Mio. Partei- und Staatskadern in verschiedenen Bereichen seien 40% jünger als fünfunddreißig Jahre.

Darüber hinaus besäßen 80% der Kader in Führungsgremien auf Kreis-, Bezirks- und Provinzebene einen höheren Schulabschluß. Dies bedeute einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber dem niedrigen Bildungsstand, der noch Anfang der achtziger Jahre kennzeichnend gewesen sei. (XNA, 30.12.94, nach SWB, 31.12.94; SCMP, 7.11.94)

Diese Angaben bestätigen einen Sachverhalt, der seit den achtziger Jahren unübersehbar ist: Das soziologische Profil der Partei- und Staatskader unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Junge, gut ausgebildete Technokraten, die in den siebziger und achtziger Jahren die Universität absolvierten und sich in Wirtschaftsfragen viel besser auskennen als die ländlichen Revolutionäre der Vergangenheit, sind auf dem Vormarsch.

Was diese grundlegende Verschiebung für die Zukunft der Kommunistischen Partei bedeutet, ist zur Zeit nur ansatzweise zu erkennen. Denn die politischen Präferenzen und Veränderungswünsche der neuen Generation in der Partei sind keineswegs einheitlich: Einige Jungkader rufen nach innerparteilicher Demokratie und Dezentralisierung, andere fordern eine autoritäre, zentralisierte Führung, um China auf dem Weg zur Modernisierung voranzubringen. Die innerparteilichen Richtungs-, Macht- und Flügelkämpfe werden folglich trotz des Generationswechsels ihre Fortsetzung erfahren. -hei-

*(8)

Chinas "Ersatzparlament" erhebt Anspruch auf erweiterte Kompetenzen

Da das Plenum des Nationalen Volkskongresses (NVK) nur einmal jährlich für kurze Zeit zusammentritt und seine

Gesetzgebungsfunktionen deshalb nur sehr eingeschränkt ausüben kann, nimmt der Ständige Ausschuß des NVK die Rolle eines "Ersatzparlaments" ein, dem die Verabschiedung der meisten Gesetze obliegt. In den letzten Jahren hat der Ständige Ausschuß seine Position im politischen Entscheidungszenrum gegenüber Parteizentrale und Staatsrat ausbauen können.

Auch auf seiner Dezembersitzung hat der Ständige Ausschuß den Anspruch auf gleichberechtigte Mitsprache in bedeutenden Gesetzesprojekten geltend gemacht. Das parlamentarische Organ verabschiedete zwar ohne größere Kontroversen das "Gefängnisgesetz" (siehe RMRB, 30.12.94 und die Übersicht "Offiziell 1,25 Mio. Strafgefangene").

Umstritten waren aber Gesetzentwürfe zum Erziehungswesen und zur Stellung der Zentralbank im politischen System. Sie wurden vom Ständigen Ausschuß an die Plenartagung des NVK verwiesen, die am 5. März 1995 beginnen wird. Unter den Delegierten des Ständigen Ausschusses kam es zu Unstimmigkeiten im Hinblick auf die Überwachungskompetenzen des NVK im Bereich der Erziehungs-, Geld- und Landwirtschaftspolitik. Einige Abgeordnete forderten eine unmittelbare Einbindung der Volksvertretung in Entscheidungen über diese Politikbereiche. Herbe Kritik wurde an der unzureichenden finanziellen Ausstattung des Bildungssektors geübt: China gebe nur 2,7% seines Sozialprodukts für Bildungsaufgaben aus, was weit unter dem liege, was andere Entwicklungsländer sich leisteten.

Andere forderten, die Kontrolle der Geldmenge und die Inflationsbekämpfung nicht ausschließlich einer unabhängigen Zentralbank zu überlassen, sondern die Volksvertretung an diesen Aufgaben zu beteiligen. Da die Landwirtschaftspolitik eine zentrale Frage für das Schicksal des Landes sei, müßten auch hier der NVK und sein Ständiger Ausschuß stärker eingebunden werden. (SCMP, 28.12.94; *Ming Bao*, Hongkong, 31.12.94)

Über Gesetzentwürfe zur Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften wurde wegen erheblicher Widerstände unter den Delegierten gar nicht erst abgestimmt. Viele Mitglieder des Ständigen Ausschusses sahen in den diesbezüglichen Vorlagen offenbar den Versuch, der Volksvertretung die Ernennungs- und Aufsichtsbefugnisse aus den Händen zu nehmen. Zudem war die

Endfassung der Entwürfe den Delegierten erst zum Sitzungsbeginn bekannt gemacht worden. Viele fühlten sich deshalb zeitlich unter Druck gesetzt und waren nicht bereit, die Vorlagen ohne Widerspruch abzusegnen.

Der Ständige Ausschuß des NVK hat 1994 in mehreren Fällen die Abstimmung über Gesetzentwürfe abgelehnt, die vom Staatsrat an das Parlament übermittelt worden waren. Der Trend, der sich seit den achtziger Jahren abzeichnete, hat sich seit der Amtsübernahme Qiao Shis im Frühjahr 1993 verstärkt: Chinas "Ersatzparlament" scheint im Begriff, sich als neues Machtzentrum zu etablieren. -hei-

*(9)

Dissidenten zu langen Haftstrafen verurteilt

Wegen "konterrevolutionärer" Verbrechen sind in Beijing neun Dissidenten zu Haftstrafen zwischen drei und zwanzig Jahren verurteilt worden. Die ungewöhnlich lange zwanzigjährige Freiheitsstrafe (selbst Wei Jingsheng war 1979 "nur" zu fünfzehn Jahren verurteilt worden) wurde gegen den 38 Jahre alten Hochschullektor Hu Shigen verhängt, der beschuldigt wurde, an der Gründung einer "konterrevolutionären Vereinigung" namens "Liberal-demokratische Partei" führend beteiligt gewesen zu sein. Diese Untergrundorganisation habe zum Sturz der KP Chinas aufgerufen.

Dem Arzt Kang Yuchun (30), der zu 17 Jahren Haft verurteilt wurde, warf das Gericht vor, zusammen mit vier anderen Angeklagten einen "Chinesischen Fortschrittsbund" gegründet zu haben, in dessen Flugblättern die Kommunistische Partei massiv angegriffen wurde. Anderen Angeklagten wurde vorgehalten, sich an systemfeindlichen Gedächtnisaktivitäten für die Opfer des 4. Juni 1989 beteiligt zu haben. Die meisten der Angeklagten waren zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung bereits zwei Jahre lang in Haft.

Der Prozeß gegen die insgesamt 15 Dissidenten (fünf wurden freigelassen, einer unter gerichtliche Aufsicht gestellt) war seit 1993 mehrfach verlegt worden, um internationale Rückwirkungen auf für China so wichtige Fragen wie die amerikanische Meistbegünstigungsentscheidung oder Beijings Olympiabewerbung zu vermeiden.

Mit den außerordentlich harten Strafen macht die Beijinger Führung ihre Entschlossenheit deutlich, Formen organisierter Opposition und Aufrufe zur Beendigung der Einparteiherrschaft mit aller Schärfe zu bekämpfen und im Keim zu ersticken. Zugleich demonstrierte die Führung, daß sie sich von westlichen Vorhaltungen in der Menschenrechtsfrage nicht länger beeindrucken lasse.

Im Mai hatte die amerikanische Regierung eine Entkoppelung von Handelsfragen und Menschenrechtsfragen proklamiert, was Beijing offenbar als politische Kapitulation des Westens vor der Attraktivität des chinesischen Marktes verstehen zu können glaubt.

Die Signale sind eindeutig: Wenn es den westlichen liberalen Demokratien nicht gelingt, den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu China (die zur gesellschaftlichen Öffnung und rechtlichen Modernisierung des Landes ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag leisten) zugleich mit einer druckvollen Haltung in der Menschenrechtsfrage zu verbinden, wird die kommunistische Führung dies als Freibrief für die Unterdrückung von Dissidenten auslegen. -hei-

*(10)

Offiziell 1,25 Mio. Strafgefangene und nur 2.829 "Konterrevolutionäre"

In einem Interview mit der Beijing zugeneigten Hongkonger Zeitschrift *Weitwinkelobjektiv* (*Guangjiaojing*, 16.10.94, S.36-40) hat der für die Gefängnisverwaltung zuständige stellvertretende Justizminister Zhang Xiufu genauere Angaben zum Stand der Gefangenenzahlen in China gemacht.

Zhang zufolge gibt es in China insgesamt ungefähr 1,25 Mio. Strafgefangene, etwa genauso viele wie in den Vereinigten Staaten. Der Anteil von Häftlingen an der Gesamtbevölkerung sei in China sehr viel geringer als in den USA. (Tatsächlich weisen die USA nach Rußland die höchste Häftlingsrate der Welt auf, vgl. FAZ, 29.10.94.)

Die etwa 250.000 Polizeibeamten, die in den über 600 offiziell ausgewiesenen Gefängnissen und Straflagern Chinas Dienst tun, nähmen verstärkt an Fortbildungsmaßnahmen teil, die ihnen Respekt vor den Rechten der Gefangenen vermitteln sollen. Im Dezember verabschiedete der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses das "Ge-

fängnisgesetz" (RMRB, 30.12.94). Der Gesetzestext hebt die Rechte der Gefangenen hervor und hält das Wachpersonal zur Respektierung dieser Rechte an. Der Text weist Ähnlichkeiten mit internen Polizeivorschriften zur Behandlung von Sträflingen auf, die bereits 1982 erlassen wurden. Willkürliche Mißhandlungen von Gefangenen wurden durch diese Bestimmungen nicht verhindert. Es bleibt abzuwarten, ob das neue Gesetz eine Besserung in dieser Hinsicht bringen wird.

1994 habe es, so Zhang Xiufu, nur noch 2.829 "Konterrevolutionäre" unter den Strafgefangenen gegeben, die meist wegen Verbindungen zu taiwanesischen und ausländischen Geheimdiensten verurteilt worden seien. Die Zahl der "Konterrevolutionäre" sei jedoch in den letzten Jahren stetig zurückgegangen: 1992 seien es noch 3.651 gewesen, 1993 nur noch 3.036.

Die von Zhang Xiufu angegebenen Zahlen erscheinen als wenig glaubwürdig. In seiner Studie des chinesischen GULag kam Jean-Luc Domenach (*China: l'archipel oublié*, Paris 1992) zu dem Schluß, daß Ende der achtziger Jahre noch zwischen vier und 5,7 Mio. Personen, darunter zwei bis drei Prozent politische Gefangene, in chinesischen Straflagern und Gefängnissen einsaßen. Genauere Zahlen der politischen Gefangenen sind schwer zu ermitteln, da zahlreiche Oppositionelle ohne formales Gerichtsverfahren aufgrund einer "administrativen Strafe" oder unter dem Schleier willkürlich herangezogener anderer strafrechtlicher Delikte in die Lager deportiert werden.

In den vom chinesischen Justizministerium gemachten Angaben sind außerdem nicht die zur "Besserung durch Arbeit" (*laojiao*, einer sogenannten "administrativen Strafe", die von der Polizei ohne Gerichtsurteil verhängt werden kann) Verurteilten enthalten. Allein schon offiziellen Angaben zufolge (vgl. XNA, 7.4.94) sitzen in diesem ergänzenden Straflager-System mindestens 150.000 Menschen ein. -hei-

*(11)

Tod des Wirtschaftsplaners Yao Yilin

Im Alter von 77 Jahren ist am 11. Dezember in Beijing der Revolutionsveteran Yao Yilin verstorben, der schon lange krank gewesen war. Er wurde von der Nachrichtenagentur Neues China als "hervorragender proletarischer

Revolutionär und brillanter Wirtschaftsleiter" gepriesen. Yao war erst im Oktober 1992 auf dem XIV. Parteitag der KPCh aus dem Ständigen Ausschuß des Politbüros ausgeschieden und im März 1993 auf dem VIII. NVK als stellvertretender Ministerpräsident zurückgetreten.

Yao Yilin galt - wie auch der Parteiveteran Chen Yun - als Patron von Ministerpräsident Li Peng. Dessen Huldigung für den Toten erschien am 21. Dezember unter dem Titel "Meine tiefe Trauer um den Genossen Yao Yilin" in der *Volkszeitung*. (Übersetzung in SWB, 22.12.94; s.a. XNA, 21.12.94) Li Peng, der Yao zum ersten Mal 1946 traf, beklagte in seinem Nachruf den Verlust eines vertrauten Kollegen und loyalen Veteranen. In den Jahren der Zusammenarbeit mit ihm habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser ein guter Mitarbeiter und ein aufrechter und toleranter (!) Veteran sei. Als stellvertretender Ministerpräsident und dann als Ministerpräsident habe er immer Yao Yilins Meinung eingeholt, wenn er jemanden wegen eines Problems um Rat fragen wollte.

1917 in der Provinz Anhui geboren, besuchte Yao Yilin die berühmte naturwissenschaftliche Hochschule Qinghua in Beijing (Abschluß im Fach Chemie) und gehörte zu den Organisatoren der patriotischen Beijinger Studentenbewegung, die sich für den Widerstand gegen die Japaner und die Einführung der Demokratie einsetzte. Nach Gründung der VR China 1949 war Yao als stellvertretender Handelsminister und Minister für Wirtschaft tätig. In der "Kulturrevolution" kritisiert und seiner Ämter enthoben, wurde er schon 1973 rehabilitiert und übernahm u.a. die Posten eines stellvertretenden Ministers für Außenhandel, des Wirtschaftsministers und des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission sowie des Leiters der ZK-Führungsgruppe für Wirtschaft und Finanzen. 1979 erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und auf dem XIII. Parteitag 1987 seine Wahl in den Ständigen Ausschuß des Politbüros. Als Vorsitzender der staatlichen Prüfungskommission für das Drei-Schluchten-Projekt, den gigantischen Wasserregulierungsbau des Yangzi-Flusses, hatte er sich Ende 1989 gegen eine Realisierung des Projekts ausgesprochen, war dann aber später umgeschwenkt.

Als Verantwortlicher für Wirtschaftsfragen war Yao Yilin - in Übereinstimmung mit seinen Ratgebern Chen Yun

und Li Xiannian - ein strenger Verfechter einer zentralen Befehlsplanung. Als er merkte, daß dadurch die gravierenden Probleme Chinas nicht gelöst werden konnten, näherte er sich den gemäßigten Reformern um Deng Xiaoping, mahnte jedoch eindringlich zur Vorsicht bei den wirtschaftlichen Reformen, weil sie eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln begannen. Diese Haltung erinnert an Ministerpräsident Li Peng, der auch kein Freund von schnellen, einschneidenden Reformmaßnahmen ist. (RMRB, 13./20.94; XNA, 13.12.94; Xinhua, 18.12.94, in SWB, 21.12.94; CNA, No.1526 [1.1.95]; NZZ, 14.12.94) -ljk-

Kultur und Gesellschaft

*(12)

Ansichten des ZK und Staatsrats zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik

Am 14. Dezember 1994 wurde in der chinesischen Presse ein Dokument mit dem Titel "Einige Ansichten des ZK der KPCh und des Staatsrats zur stärkeren Verbreitung von Wissenschaft und Technik" veröffentlicht (RMRB, GMRB, 14.12.94; Übers. nach Xinhua Inlanddienst, 13.12.94 in: SWB, 31.12.94). Das Dokument trägt das Datum vom 5.12.1994, war also kurz zuvor erstellt worden. In den "Ansichten" geht es darum, die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas im Hinblick auf das 21. Jahrhundert und Chinas Stellung in der Welt herauszustellen. Die Verbreitung von Wissenschaft und Technik, so heißt es zu Beginn, sei eine Schlüsselmaßnahme zur Anhebung der Qualität der gesamten Nation; sie sei darüber hinaus ein wesentlicher Inhalt des Aufbaus einer sozialistischen materiellen und geistigen Zivilisation und eine notwendige Maßnahme zur Heranbildung einer Generation neuer Menschen. Die Ansichten der politischen Führung Chinas zu diesem Thema werden in 13 Punkten dargelegt, die im folgenden zusammengefaßt wiedergegeben werden.

1. Wissenschaft und Technik (im folgenden W+T) sind die wichtigsten Produktivkräfte und die wichtigste Kraft für Wandel in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.